

GILES BENNETT

DIE ARBEITSBEDINGUNGEN DER WARSCHAUER JUDEN 1941–1942

MAX BISCHOF UND DIE TRANSFERSTELLE WARSCHAU

In der neueren Holocaustforschung werden, Raul Hilberg folgend, mehrere Hauptperspektiven auf die Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland unterschieden: die der Täter, die der Opfer und die der *bystanders*.¹ Je nach der Region, in der sich die Verbrechen abspielten, werden diese Perspektiven unterschiedlich gewichtet und erforscht, begründet durch Ungleichgewichte in den vorhandenen Quellenbeständen. Im Gegensatz zu vielen anderen Hauptorten des Holocausts ist dabei die „Täterperspektive“ für das Ghetto in Warschau bisher weniger beleuchtet worden.² Zwischen dem Beginn der deutschen Besatzung im Oktober 1939 und der Niederschlagung des Aufstands im Warschauer Ghetto im April / Mai 1943 betrieben verschiedene Besatzungsorganisationen Maßnahmen gegen die dort lebenden Juden. An dieser Stelle soll der Blick auf die in diesem Kontext bedeutendste Wirtschaftsbehörde gerichtet werden: auf die Transferstelle, die v. a. für den Warenverkehr ins und aus dem Ghetto zuständig war, und auf ihren zweiten Leiter, den österreichischen Bankdirektor Max Georg Bischof (1898–1985).

Betrachtet man die bisherige Behandlung der Transferstelle in der Forschung, so sind neben Erwähnungen in den Darstellungen zur Geschichte

¹ RAUL HILBERG, Perpetrators, Victims, Bystanders. The Jewish Catastrophe, 1933–1945, New York 1992, dt. u. d. T. Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt 1996. Der Begriff „bystander / Zuschauer“ ist als zu passiv konnotiert kritisiert worden, vgl. z. B. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939–1945, Darmstadt 2007, S. 12.

² Für eine Zusammenfassung der bisherigen Forschung zum Warschauer Ghetto allgemein siehe: BARBARA ENGELKING / JACEK LEOCIAK, The Warsaw Ghetto. A Guide to the Perished City, New Haven 2009. Zentrale Quellen erschließt das Portal „getto.pl“. Zur Aussage des SS-Hauptsturmführers Franz Konrad, Leiter der Werterfassungsstelle im Warschauer Ghetto 1942/43: JOACHIM JAHNS, Der Warschauer Ghettokönig, Querfurt 2009.

des Warschauer Ghettos vor allem Christopher Brownings Forschungen zur Wirtschaftspolitik gegenüber den Ghettos in Polen zu erwähnen.³ Browning arbeitete in seinem grundlegenden Aufsatz einen Gegensatz zwischen zwei Strömungen unter den Verwaltungsfunktionären heraus: Auf der einen Seite standen die *Attritionists*, die eine ideologisch unterlegte Aushungerungs- und Abschließungsstrategie gegenüber der Ghettobevölkerung verfolgten, während auf der anderen Seite die *Economizers* bis zu einer in der Zukunft angesiedelten anderweitigen „Lösung“ der Judenfrage die wirtschaftliche Ausbeutung der jüdischen Arbeitskräfte betrieben, nicht zuletzt um öffentliche Zuschüsse zu den kümmerlichen Ghettobudgets zu vermeiden. Die zeitweilige (Sumpf-) Blüte der „freien“ Wirtschaft im Warschauer Ghetto zwischen Mai 1941 bis Sommer 1942 entspräche demnach einem zeitweiligen Übergewicht der „Economizers“. In jüngster Zeit ist der Forschung ein neuer zentraler Quellenbestand zur Transferstelle zugänglich gemacht worden. Dank den Bemühungen des Wiener Historikers Georg Griensteidl sind die bisher im Privatbesitz der Familie befindlichen Papiere Bischofs an das Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien gelangt (Nachlass 93), so dass nun die persönlichen Papiere des prägenden Direktors der Transferstelle der Forschung zur Verfügung stehen.⁴

Eine Betrachtung von Bischofs Wirtschaftspolitik verspricht, einerseits von der mittleren Verwaltungsebene her Licht auf die Rahmenbedingungen zu werfen, die 1941 und 1942 zu einem geradezu explosiven Wachstum der geregelten Beschäftigung im Warschauer Ghetto führten. Andererseits war die Transferstelle auch mit der Abwicklung des „offiziellen“ Wirtschaftsverkehrs zwischen Ghetto und Außenwelt, also jenseits des Schmuggels, betraut, so dass sie auch auf dieser Ebene mehr Bedeutung entfaltete, als dies in manchen Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Ghettos zur Geltung kommt. Es scheint daher nützlich, sich diese in der „Martyrologie des europäischen Judentums einzigartige Institution“⁵ etwas genauer anzusehen.

³ CHRISTOPHER BROWNING, Die nationalsozialistische Ghettoisierungspolitik in Polen 1939–1941, in: Der Weg zur „Endlösung“. Entscheidungen und Täter, hg. v. DEMS., Bonn 1998, S. 37–66.

⁴ GEORG GRIENSTEIDL, Die Transferstelle in Warschau unter der Leitung von Max Georg Bischof vor dem Hintergrund der Geschichte der Juden in Polen und der Geschichte des Generalgouvernements, Diplomarbeit Univ. Wien 2006. Ich danke dem Autor für die Bereitstellung des Textes. DERS. / KLAUS EMMERICH, Der Mann mit dem Ghetto. Die ungewöhnliche Geschichte des Max Bischof, Halle 2010.

⁵ Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego, Warschau (AŻIH), 301/4768 (Izydor Kamioner).

Eine zeitgenössische Wirtschaftsanalyse des Ghettos

Nachdem deutsche Truppen das stark zerstörte Warschau besetzt hatten, war eine der ersten Amtshandlungen der sofort nachrückenden Einsatzgruppe IV der Sicherheitspolizei die Einsetzung eines Judenrates als einer Zwangsverwaltung der jüdischen Bevölkerung.⁶ Die zuerst städtische Oberaufsicht über den Judenrat wurde im Herbst 1940 durch die Abteilung Umsiedlung im Amt des Distrikts Warschau übernommen. Ihr Leiter, Waldemar Schön, ließ die chaotische Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung Warschaus in die zum „jüdischen Wohnbezirk“ erklärten Teile der Stadt sowie dessen Abschließung durchführen. Da dabei auch die zuvor in den nun zum Ghetto gehörigen Vierteln ansässige polnische Bevölkerung umziehen musste und die Ghettomauern den Fortbestand sämtlicher Kontakte verhindern sollten, wurde damit ein weiteres Ziel der Besatzer erreicht: die Kappung der ökonomischen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden. Es spielte keine Rolle, dass daraus erhebliche wirtschaftliche Probleme erwuchsen – beispielsweise in Branchen, in denen vor allem jüdische Spezialisten tätig waren.

Die zunehmende Not im Ghetto im Winter 1940/41 wurde durch diese Abschließung, aber auch durch die von Schön gegründete Transferstelle unter Alexander Palfinger (1894–1961) verschärft, welche die Lebensmittelimport von der Übergabe jüdischer „Werte“ abhängig machte. Die Sterberate im Ghetto stieg durch Hunger und Seuchen in bisher unbekannte Höhen. Daran änderten auch die halbherzigen Versuche Palfingers nichts, die Ghettowirtschaft in Gang zu bringen, um so eine Gegenleistung für Lebensmittellieferungen zu generieren.

Vor allem weil Palfinger nicht in der Lage war, die ihm übertragene alleinige Kompetenz für jeglichen Verkehr mit dem Ghetto in ein niedriges, dabei aber stetiges Versorgungsniveau umzusetzen, wie es zuvor die städtischen Behörden aufrechterhalten hatten, kam es bei der Regierung des GG in Krakau zu einem Umdenken. Im Frühjahr 1941 schließlich wurde der „jüdische Wohnbezirk“ durch die Dienststelle des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit (RKW) im Generalgouvernement einer genauen Prüfung unterzogen. Hintergrund war wohl, dass das Ghetto trotz der niedrigen Hungerrationen öffentliche Zuschüsse benötigte, also – aus Sicht der deutschen Verwaltung – „deutsches Geld“.

Das Gutachten des Reichskuratoriums über die Ghettowirtschaft vom März 1941 enthielt einerseits eine Bestandsaufnahme der damaligen Lage im Warschauer Ghetto, andererseits dienten seine Schlussfolgerungen als

⁶ Vgl. DAN MICHMAN, O okolicznościach ustanowienia warszawskiego Judenratu. Nowy punkt widzenia, in: *Kwartalnik Historii Żydów* 2007, S. 33–41

spätere Richtschnur für Bischof sowie als Maßstab zur Bewertung seiner Tätigkeit: Während als Prämisse galt, dass die Warschauer Juden mittelfristig die Stadt zu verlassen hätten, gingen die Autoren bei einer Fortschreibung des Status Quo selbst bei den bestehenden Hungersätzen von einem öffentlichen Zuschussbedarf im Millionenhöhe aus, nicht zuletzt, um notdürftig das Übergreifen von Seuchen zu verhindern.

Da an dem Veto der Gesundheitsverwaltung gegen eine Öffnung des Ghettos nicht zu rütteln war, plädierten die Autoren des Gutachtens für folgende Variante:

„Die Organisationen, die für die Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft im j. W. [jüdischen Wohnbezirk] vorgesehen sind, werden in beschleunigtem Tempo auf einen solchen Stand gebracht, daß die Einsetzung der Juden für diese Zwecke in größtem Umfang wirklich gelingt.“⁷

Eindeutig fiel auch das Urteil der Gutachter über den Organisationsstand der Transferstelle aus:⁸ Die Transferstelle stelle eine Besonderheit in Warschau dar. Hier würde der direkte Geschäftsverkehr zwischen Ariern und Juden (persönlich und im Handel) seit dem 15. Dezember 1940 unterbunden. Da „über die Notwendigkeit eines Wirtschaftsverkehrs zwischen Ariern und Juden kein Zweifel“ bestand, sollte die Transferstelle laut Schöns Ausführungen die „Arbeits- und Wirtschaftskräfte der Juden bei Aufrechterhaltung des j. W. bis zur restlosen Liquidierung des jüdischen Vermögens im Zeitpunkt der Aussiedlung nach Madagaskar“ ausschöpfen, dabei auch versteckte „lebenswichtige Güter“ und Devisen aus dem Ghetto gewinnen und Aufträge der Wehrmacht und Wirtschaft ausführen.

Im Gegenzug sollte die Lebensfähigkeit des Ghettos erhalten werden, indem die Transferstelle als Käufer von Lebensmitteln gegenüber den „arischen“ Lieferanten auftreten sollte. Zugleich musste der persönliche Kontakt zwischen „den Juden und der arischen Geschäftswelt“ verhindert werden und Wareneinkäufe nur gegen „entsprechende Vorauszahlungen in Waren und Devisen seitens des Judenrats“ erfolgen. Diese Praxis, die bereits ab der Jahreswende 1940/41 galt, hatte schon in jenem Winter zu einem Hungersterben im Ghetto geführt.

⁷ Archiwum Państwowe m. st. Warszawy (Staatsarchiv der Hauptstadt Warschau, APW), 482 (Komisarz dla żydowskiej dzielnicy mieszkaniowej)/125. Die Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks in Warschau. Bericht des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Generalgouvernement, Krakau, März 1941, zitiert nach: Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938–1945, hg. v. SUSANNE HEIM / GÖTZ ALY, Berlin 1991, Dokument 5, S. 84–138, hier S. 88.

⁸ Ebd., S. 91–94.

Dabei wollte Schön – so das Gutachten – die Zuständigkeiten auch aller anderen betroffenen Abteilungen auf sich vereinen.⁹ Dem stand aber entgegen, dass die Transferstelle „bisher noch keinerlei rechtliche Grundlage durch eine Verordnung erhalten“ hatte. Damit war sie – nur *de facto*, nicht *de jure* existent – nicht einmal kreditfähig, was für die Auftragsabwicklung natürlich „von größter Wichtigkeit“ war. Auch ihre Finanzierung war völlig offen und erfolgte durch die Erpressung des Judenrats. Da dieser jedoch nicht über genügend Einnahmen verfügte, sei er gezwungen gewesen, bei der Emissionsbank einen Kredit in Höhe von 300.000 Zl. aufzunehmen.

Die Gutachter schlossen mit einem vernichtenden Urteil. Die Transferstelle war nur als Unterorganisation der Abteilung Umsiedlung anzusehen, die sich ihrerseits in Liquidation befand. Ihre Aufgaben sollten an die Abteilungen Innere Verwaltung, Gruppe Bevölkerungswesen und Fürsorge übergehen (die damalige Arbeitsstelle von Heinz Auerswald, dem späteren Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk). Durch die Errichtung eines Außenhandelsmonopols für den jüdischen Wohnbezirk bei der Transferstelle hatte damit die Verwaltung „die Verantwortung für die wirtschaftliche Existenz des gesamten j. W. übernommen“. Die Gutachter gingen davon aus, dass trotz gegenteiliger Verlautbarungen „der Transferstelle“ bereits zu diesem Zeitpunkt „die Außenbilanz des j. W.“ passiv war und dass keinerlei Vorbereitungen für eine Erhöhung der Unterbilanz getroffen werden würden.

Unter Hinweis auf eine Denkschrift der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe gutachteten die Autoren, dass „der Einsatz der Juden bei öffentlichen Aufträgen [also auch in Arbeitslagern] [...] finanziell als besonders ungünstig angesehen werden“ müsse, schon allein wegen der hohen Unterhaltskosten der Lager.¹⁰

Daher sollte unter Berücksichtigung der „Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements“ die Bilanz durch jüdische Arbeit innerhalb des Ghettos, in erster Linie für gewerbliche Aufträge, ausgeglichen werden. Die Gutachter gingen davon aus, dass die Transferstelle aufgrund der fast eine halbe Million Menschen umfassenden Ghettobevölkerung keine zentralistische Planwirtschaft mit einer Steuerung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit entwickeln könne. Folglich habe Dr. Emmerich, der Leiter der Wirtschaftsabteilung im GG, Schön bereits „die Anregung gegeben“, die Vergabe der Aufträge und ihre Abwicklung deutschen Firmen zu übertragen, so dass die Transferstelle sich lediglich auf die Aufgabe der Überwachung

⁹ Vgl. APW, 482/1096. Aktenvermerk der Abteilung Umsiedlung über eine entsprechende Sitzung vom 2.12.1940, Bl. 1 f.

¹⁰ Wirtschaftsbilanz, S. 108.

und Führung beschränken könne.¹¹ Dabei zeigten die Gutachter wenig Vertrauen zum Judenrat, dem „Kontrahenten“¹² der Transferstelle, und schlügen die Gründung einer neuen Organisation auf jüdischer Seite vor.¹³

Die anschließende Bewertung des Ernährungsbedarfs im Ghetto entlarvte trotz der verschleiernden Sprache des Gutachtens die schreckliche Realität des Hungers: Es war von einer „gewöhnlichen Ration“ von 622 Kalorien die Rede, wobei nichtrationierte Lebensmittel wie Kartoffeln, die kaum regelmäßig ins Ghetto gelangten, hier bereits berücksichtigt waren. Selbst etwas besser gestellte Gruppen, wie arbeitende Juden mit Rationen für nichtdeutsche Normalverbraucher zu 955 Kalorien, sowie die außerhalb des Ghettos arbeitenden Juden mit sogenannten „B-Sätzen“ für kriegswichtige Industriearbeiter, erreichten mit 1308 Kalorien nicht einmal den medizinisch begründeten Mindestsatz von rund 2.500 Kalorien.

Die Gutachter betonten, dass bei einer langfristigen Unterschreitung der Liefermengen bei gleichzeitiger Unterbindung des Schmuggels schließlich eine „erhebliche Schwächung der Arbeitskraft der im j. W. befindlichen Juden“ eintreten müsse.¹⁴ Dabei spielten Zusendungen von „Auslandsjuden“ und die JSS-finanzierten Lebensmittel mit ca. 3 Prozent Anteil am Gesamtvolumen keine bedeutende Rolle, zumal diese in erheblichem Maße den Alten und den Kindern zugute kämen, welche die Gutachter gar nicht in ihre Mengenberechnung eingeschlossen hatten. Unter Berücksichtigung anderer Kosten für Heizmaterial, Textilien, Wasser, Miete usw. kamen sie schließlich auf einen minimalen Pro-Kopf-Bedarf von 0,93 Zl. täglich.¹⁵ Da die Gutachter diese Größe selbst als sehr gering ansahen, schlügen sie die Verwendung eines um 25 Prozent erhöhten „Sicherheitswertes“ vor, also 1,18 Zl.¹⁶ Bei einer im Jahresdurchschnitt angenommenen Bevölkerung von 450.000 Personen kamen so immerhin tägliche Summen von 420.000 Zl. (Minimalwert) bzw. 530.000 Zl. (Sicherheitswert) zustande. Aufs Jahr gerechnet ergibt sich ein Gesamtvolumen von 153 Millionen Zl. „Minimalwert“ oder 193 Millionen Zl. „Sicherheitswert“.¹⁷ Zur Schätzung der

¹¹ Ebd., S. 111.

¹² Ebd., S. 94.

¹³ Mit dem jüdischen Wirtschaftsrat unter Führung von Abraham Gepner schuf Bischof im Juli 1941 eine solche Institution.

¹⁴ Ebd., S. 116.

¹⁵ Umgerechnet nach dem offiziellen Kurs von 2 Zl. = 1 RM also 0,465 RM oder, nach heutigen Preisen, ca. 4,65 EUR täglich, gerechnet nach den Rundungsangaben bei GOTZ ALY, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt 2005, S. 365 f.

¹⁶ Wirtschaftsbilanz, S. 132.

¹⁷ Ebd., S. 133. Zahlen im Folgenden S. 133 f.

notwendigen jüdischen Produktivität rechneten die Gutachter diverse Unkosten und Abgaben ein – das ergab einen Aufschlag von 80 Prozent – und gelangten schließlich bei einem 10-Stunden-Arbeitstag zu einem Ertrag von 9 Zl. Abzüglich der (arbeitsfreien) Sabbate und Feiertage ergab dies einen Durchschnittsertrag von 7,50 Zl pro arbeitenden Juden, der jeden Tag zu erwirtschaften war, damit sich das Ghetto selbst finanzierte.

Bei der Berechnung der Vermögensbilanz des Ghettos gingen die Gutachter davon aus, dass insbesondere das Steueraufkommen ausbleiben oder zumindest nicht stabil bleiben werde – die Vorräte und Vermögenswerte im Ghetto würden also nur mittelfristig von Bedeutung sein. Am Ende des Gutachtens steht die Schätzung, wie viele Arbeiter benötigt werden würden, um den „jüdischen Wohnbezirk“ nicht mehr bezuschussen zu müssen: Rudolf Gater und sein Assistent Meder prognostizierten hier ein Minimum von 53.000 (Minimalwert) bzw. 67.000 (Sicherheitswert) jüdischen Arbeitern.

Die vorgeschlagene Lösung war also, für genügend Insassen Arbeitsplätze zu schaffen, so dass deren Einkünfte die Leistungsbilanz ausgleichen konnten. Um diese neue Politik umzusetzen, wurden auf einer Regierungssitzung in Krakau zusammen mit den Vertretern des Distrikts Warschau am 19. April 1941 die Weichen gestellt:¹⁸ Schön wurde zum Leiter der Abteilung Innere Verwaltung „wegbefördert“, Palfinger entlassen. Er hinterließ in Warschau nach seinem Ausscheiden einen Korruptionsherd, der noch 1942 bei der Abwicklung der Transferstelle in Form von offenen Rechnungen für private Ausgaben Wellen schlagen sollte.¹⁹ Nach der Eingliederung Ostgaliziens ins Generalgouvernement im Sommer 1941 waren die Juden in Tarnopol die letzten Opfer, die unter Palfinger als Judenreferent leiden mussten.²⁰ In Warschau setzten nun stattdessen Rechtsanwalt Heinz Auerswald (1908-1970) als Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk und Max Bischof als Leiter der Transferstelle die neuen Vorgaben um. Auerswald war dabei in der Funktion eines Kreishauptmanns für

¹⁸ Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Bd. 4: Polen September 1939-Juli 1941, bearb. von KLAUS-PETER FRIEDRICH, München 2011, Dokument 270; vgl. auch die Vorbesprechung vom 3.4.1941, ebd., Dok. 263.

¹⁹ Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte (ÖGfZ), Nachlass Bischof, Mappe 14. Schreiben des Obersten Rechnungsprüfungsamt des Generalgouvernements an die Transferstelle, 20.10.1942.

²⁰ Viel ist über Palfingers Tätigkeit in Tarnopol nicht bekannt, vgl. DIETER POHL, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 156 f. Vgl. auch AŽIH 301/4840 (Karol Buczyński): Laut dieser Aussage des zeitweiligen Judenratsvorsitzenden sei Palfinger auch in Tarnopol so negativ aufgefallen, dass er an die Front strafversetzt wurde.

alle Verwaltungsmaßnahmen im Ghetto verantwortlich und übermittelte dem Judenrat die Anweisungen der deutschen Verwaltung; auch die Unterzeichnung von Todesurteilen für das Verlassen des Ghettos und die Aufsicht über die volksdeutsche Verwaltungspolizei, den so genannten Sonderdienst, gehörten zu seinen Aufgaben.²¹ Dagegen wurde Bischof mit der vollständigen Kontrolle über das Wirtschaftsleben und die Wareneinf- und -ausfuhr ausgestattet.

Die Leiter der Transferstelle: Max Bischof und Hans-Ulrich Rathje

Palfingers Nachfolger in Warschau, Max Georg Bischof, stammte aus Wien und wuchs in einfachen Verhältnissen auf.²² Seine Vorfahren kamen aus verschiedenen Teilen der Donaumonarchie. Am Ende eines steilen sozialen Aufstiegs hatte er die Stellung eines Direktors bei der österreichischen Länderbank inne. Politisch stand Bischof den Christsozialen nahe, daher war er im österreichischen Ständestaat (1934–1938) eng mit dem Regime verbunden. Zeitweise gehörte der Weltkriegsveteran sogar zur Leibgarde von Kanzler Dollfuß.²³ Seine Ehefrau war jüdischer Herkunft und vor der Eheschließung zum Katholizismus konvertiert.

Dieser Hintergrund sollte Bischof und seiner Familie später noch erhebliche Probleme bereiten. Während seines ganzen Arbeitslebens war Bischof für die Länderbank tätig, u. a. bereits von 1929–1935 in einer Dependance in Warschau, weswegen er auch polnisch sprach. 1939 wurde er deswegen für die deutsche Verwaltung in Warschau angefordert; er arbeitete in der Zweigstelle der Bankaufsichtsstelle für das Generalgouvernement, die er während der gesamten Besatzungszeit leitete. Bischof bewegte sich dort in einem Netzwerk österreichischer Bankfachleute, die Polen und das polnische Bankwesen ebenso wie ihre (österreichischen) Kollegen aus der Zwischenkriegszeit kannten.²⁴

²¹ Wie Bischof hatte auch Auerswald vor dieser Ernennung mit dem Ghetto zu tun gehabt: In den ersten Monaten des Jahres 1941 hatte er sich im Rahmen seiner Tätigkeit in der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge beim Distrikt Warschau mit Fragen der Unterstellung der Transferstelle und der über sie erfolgenden Lebensmittellieferungen befasst. Vgl. AŽIH, 211 / 125, Bl. 30 f. und 41.

²² Zu Bischofs Biographie vgl. GRIENSTEIDL, Transferstelle, S. 167–173 und DERS., Mann, passim.

²³ Vgl. dazu die Photographien in DERS., Mann.

²⁴ Vgl. auch die Erinnerung des polnischen Stadtökonomiers während der Besatzung: ALEKSANDER IVANKA, Wspomnienia skarbowca 1927–1945, Warszawa 1964, zu Bischof v. a. S. 457, 544 u. 547.

Von den meisten Beamten der Zivilverwaltung unterschied sich diese Gruppe von Bankexperten durch ihre Erfahrungen im Vorkriegs-Polen – ein wichtiger Faktor bei Zusammentreffen mit polnischen Bankvertretern. Offensichtlich waren Bischofs Vorgesetzte mit seiner Arbeit zufrieden, denn seine Zuständigkeiten wurden mit der Zeit noch erweitert. Auch die zeitweilige Leitung der Transferstelle führte zu keinen Kompetenzeinbußen: Alle seine Tätigkeiten zusammen genommen resultierten in einem stattlichen Gehalt. Sein Netzwerk sowie seine Kontakte in Polen erlaubten es Bischof sogar 1943/44, die immer gefährlicher werdenden Bedrohungen für seine Frau abzuwenden: Seine Kollegen und Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements in Krakau deckten ihn; außerdem ermöglichten ihm seine „Kontakte zum polnischen Widerstand“ – so Bischof jedenfalls in seinen Nachkriegserinnerungen – gefälschte Abstammungspapiere für seine Frau zu erwerben.²⁵

Bischofs Stellvertreter, Dr. Hans-Ulrich Rathje (1912–2011) hatte einen anderen Hintergrund.²⁶ Der jüngere Danziger Wirtschaftsbeamte hatte in seiner Heimatstadt Jura studiert und sympathisierte dort ab Mitte der 1930er Jahre mit der NSDAP. Rathje wurde 1940 im Rahmen von Kooperationsprojekten von der Wirtschaftsverwaltung in Danzig nach Warschau abgeordnet. Dort war er zuerst in der Deutschen Handelskammer für Polen als Stellvertretender Leiter tätig. Bereits bei dieser Tätigkeit kam Rathje mit dem Ghetto in Berührung: Er setzte sich dafür ein, dass „arische“ Betriebe am Grzybowski-Platz aus dem Gebiet des „jüdischen Wohnbezirks“ herausgenommen wurden.²⁷ Im Gegensatz zu Bischof hatte Rathje nach Abwicklung der Transferstelle nicht die Möglichkeit, in Warschau zu bleiben: Er wurde im Rahmen der so genannten Unruh-Aktion, die für die Wehrmacht die Verwaltungen im deutschen Machtbereich nach entbehrlichen Personen durchkämmte, eingezogen. Nach dem Krieg ließ er sich als Rechtsanwalt in Nürnberg nieder.²⁸

Die Tätigkeit der Transferstelle Warschau unter Max Bischof

Auf einer Regierungssitzung, die am 15. Oktober 1941 in Warschau stattfand, stellte Bischof sein Programm und erste Erfolge seit seinem Amtsan-

²⁵ Vgl. dazu GRIENSTEIDL, Transferstelle S. 134 f. bzw. DERS., Mann, S. 265 f. Etliche ihrer Verwandten hatten nicht das Glück, der Shoah zu entkommen.

²⁶ Zu Rathjes Biographie vgl. APW 482/491 f. u. 493-497 (Kopie: Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA), JM/11233 u. 11234).

²⁷ APW 496/14, Bl. 13 f., 54 und ebd. /15, passim.

²⁸ ÖGfZ, Nachlass Bischof, Nr. 43. Brief an Bischof, 12.12.1948.

tritt in einem „Referat über den Wirtschaftsverkehr mit dem jüdischen Wohnbezirk in Warschau“ vor.²⁹ Im Gegensatz zu Auerswald, der auf derselben Tagung ebenfalls ein Referat hielt, war Bischof mit antisemitischen Formeln spürbar zurückhaltender und gab sich als nüchterner Experte. Sein Bericht begann mit der Ghettoabschließung im Jahr zuvor, bei der „die Belange der Wirtschaft hinter höhere Erfordernisse zurücktreten“ mussten. Danach erwähnte Bischof kurz die Gründung der Transferstelle als Untergruppe der Abteilung Umsiedlung des Distriktsamtes und ihre Umwandlung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts durch die Verordnungen vom 19. April bzw. 15. Mai 1941. Nur nebenbei bemerkte er, dass „gleichzeitig ein Wechsel in der Leitung eintrat“.

Als Ziele seiner Arbeit nannte Bischof in Übereinstimmung mit dem RKW-Gutachten: den Einsatz der jüdischen Arbeitskräfte „nach den kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten“ und die Begrenzung des Zuschusses öffentlicher Mittel für Fürsorgezwecke auf ein Minimum. Ferner erklärte Bischof, dass der „zwangsarbeitsmäßige Großeinsatz“ bei Erdarbeiten und Wasserbauten „nicht die gewünschten Ergebnisse gezeitigt“ habe. Aufgrund des Zuschussbedarfs aus öffentlichen Mitteln sei auch die Umwandlung in „ein straff organisiertes Konzentrationslager“ unterblieben. Trotz der Schwierigkeiten in Folge der Abschließung des Ghettos und der gespannten Ernährungslage war Bischofs Ziel daher, „die normalen Voraussetzungen für wirtschaftliche Betätigung im Judenviertel“ selbst zu schaffen, um „insbesonders die jüdischen Facharbeiter, die rund 40 % der werktätigen Bevölkerung ausmachen, zu Arbeit und Verdienst zu bringen“.³⁰ Dabei sollte die „Privatiniziative“ wieder geweckt werden. Bischof war eindeutig Vertreter einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik, die ihn auf unterschiedlichen Feldern zum Gegner einer zentral gelenkten Ghettowirtschaft machte.

Bischof listete die bislang getroffenen Maßnahmen auf: Beschlagnahmungen wurden „eingedämmt“, notwendige Fahndungsaktionen nach Gold, Devisen usw. „versachlicht und zwar durch Ausschaltung ungeschulter Organe und Zuziehung der Zollfahndungsstelle“; dies war eine von vielen Passagen, in denen Bischof unterschwellig die konkurrierenden Institutionen und Personen im deutschen Machtapparat als unprofessionell kennzeichnete.

²⁹ Ebd., Mappe 9; hier auch weitere Vortragsmanuskripte anderer Tagungsteilnehmer. Zitate im Folgenden S. 1 f. Das hier zitierte Exemplar des Vortrags, das als Entwurf gekennzeichnet ist, enthält handschriftliche Anmerkungen von Bischof, die in anderen überlieferten Fassungen fehlen.

³⁰ Ebd., S. 2.

„Weitere Grenzänderungen [im Ghetto] und Umsiedlungen wurden zurückgestellt^[31]. Unter Abkehr von kollektivistischen [...] Wirtschaftsformen wurde dafür Sorge getragen, dass jeder arbeitswillige Jude den Gegenwert seiner Leistung ohne Zugriff des Judenrates tatsächlich erhält [...].“

Dies war eine klare Absage an stärker koordinierte Wirtschaftsformen unter Kontrolle des Judenrates, wie es im Getto Litzmannstadt der Fall war. Zudem hatte die Regierung des Generalgouvernements im September 1941 die Beschränkung von Bargeldbesitz für Juden aufgehoben und „eine Amnestie für versteckte Gelder erlassen, um deren Einsatz in der Wirtschaft zu fördern“.

In seinen Ausführungen zum organisatorischem Aufbau wandte sich Bischof klar gegen eine Zentralisierung von Kompetenzen beim Judenrat:

„Der in den ersten Monaten nach der Ghettobildung gehandhabte Grundsatz, den Judenrat rechtlich und organisatorisch für alle Lebensregungen von 500.000 Menschen verantwortlich zu machen, wurde als wirtschaftshemmend fallen gelassen.“^[32]

Deshalb wurden „Einrichtungen des Judenrates mit Unternehmertätigkeit“ in GmbHs „ausgegründet“: Die Jüdische Produktionsgesellschaft (Kapital: 80.000 Zl.), die Liefergesellschaft für das Jüdische Gewerbe (35.000 Zl.) und die Versorgungsanstalt für den jüdischen Wohnbezirk (1.000.000 Zl.). Die beiden erstgenannten Gesellschaften wurden mit Geldern von Juden gegründet, was Bischof als Zeichen dafür wertete, dass entsprechende notwendige Investitionen auch bei den gleichzeitig laufenden Gründungen von jüdischer Seite kommen konnten.

Nicht zuletzt drängte Bischof auf eine Verrechtlichung der jüdischen Arbeitsgemeinschaften, um das eingebrachte Material der „arischen Partner [...] vor Leichtfertigkeit oder Böswilligkeit“ zu schützen. Daher war auch das zeitweilige „Verbot der Eintragung jüdischer Firmen in das polnische Handelsregister“ aufgehoben worden – allerdings hatte sich jede Firmengründung durch Juden „im Firmenwortlaut“ als jüdisch erkennen zu geben. Gleichzeitig wurden (im Gegensatz zu Litzmannstadt) die unter Palfinger eingeführten Eigengeschäfte der Transferstelle im Rüstungsbereich beendet – sie sollte sich in Zukunft auf die Genehmigung der Geschäftsabschlüsse zwischen Juden und Nichtjuden beschränken.^[33]

³¹ Dies sollte sich spätestens zum Jahreswechsel 1941/42 wieder ändern, als die Juden aus den Kleinstädten des Distrikts Warschau westlich der Weichsel in das Warschauer Ghetto vertrieben wurden.

³² Man beachte an dieser Stelle auch die handschriftlichen Notizen am Rand, darunter lesbar *Fehlbesetzung [...] Laien*, ebd.

³³ Ebd., S. 4.

Bischof sprach sich ferner für eine nicht allzu strenge Überwachung des Ghettos aus, so dass nicht Kleinigkeiten das „kümmерliche Pflänzchen des geordneten Wirtschaftsverkehrs mit dem jüdischen Wohnbezirk“ erstickten würden.³⁴ Er lehnte außerdem eine Deckung der Außenstände des Ghettos, welche die frühere Leitung der Transferstelle zugesagt hatte, zugunsten des laufenden Unterhalts ab.³⁵ Um dennoch alle genehmigungspflichtigen Vorgänge im Personen- und Warenverkehr überwachen zu können, forderte Bischof die Schaffung eines eigenen Apparats. Hierbei mahnte er eine Zurückhaltung der Abteilung Wirtschaft bei der Regelung der Ghettowirtschaft an, zumindest bis diese ein größeres Ausmaß erreicht hätte.

Die kriegsbedingten Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung sowie „die zusätzlichen Frachtkosten für Materialsanlieferung und den Rücktransport der Fertigware“ vom und ins Reich sollten die jüdischen Arbeiter ausgleichen. An eine „Kalkulation nach den hiesigen Lohnverhältnissen war selbstverständlich“ nicht zu denken: „Die Spannungen müssen durch erhöhte Leistungen der Juden in Akkordarbeit [...] überwunden werden“, für die Frachtkosten sollten „entsprechende Abstriche von den Lohnsätzen“ vorgenommen werden. Als Ausgleich sollte lediglich die „bevorzugte Einschaltung der Arbeiter in die Ausspeisungsaktion des Judenrates“ bzw. bei Rüstungsarbeitern sogar B-Verpflegung erfolgen – unausgesprochen zum Schaden der nicht arbeitenden Ghettobevölkerung. Im Hinblick auf die schrecklichen Zustände im Ghetto kann die folgende Feststellung Bischofs kaum überraschen: „Soferne die Lohngelder ohne Verzug d. h. ohne Finanzierungsschwierigkeiten ausgezahlt werden, ist meist zu beobachten, dass die jüdischen Fachkräfte gerne von den gebotenen Arbeitsmöglichkeiten Gebrauch machen“.

Als bevorzugter Verwertungspartner der jüdischen Arbeitskraft sollte die im Frühsommer 1941 gegründete „Deutsche Firmengemeinschaft Warschau G.m.b.H.“ mit bereits neun Mitgliedsfirmen dienen, der aber zur Entfaltung noch Zuteilungen an diversen Materialien fehlten.³⁶ Hier lieferte Bischof Zahlenangaben, die auf die bis dahin noch bescheidenen Ergebnisse hinweisen, auch wenn die Entwicklungsrichtung den Vorgaben entsprach: Die Geschäftsabschlüsse mit dem Ghetto hatten sich für die Firmengemeinschaft wie folgt entwickelt: Im Juli 1941 961.000 Zl., im August nur 285.000 Zl., aber im September 1.411.000 Zl. Für die Zukunft hatten sich immerhin Aufträge im Wert von ca. 3.000.000 Zl. angesammelt – „ein-

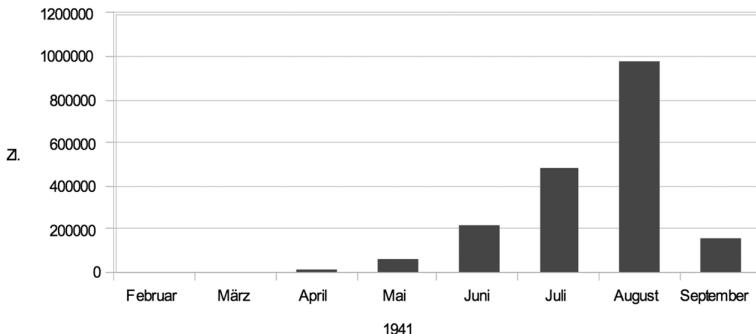
³⁴ Ebd., S. 6.

³⁵ Ebd., S. 7 f.

³⁶ Ebd., S. 8.

schließlich der von der Transferstelle auf deutsche Unternehmer übergeleiteten Anschlussaufträge von Wehrmachtsstellen.“³⁷

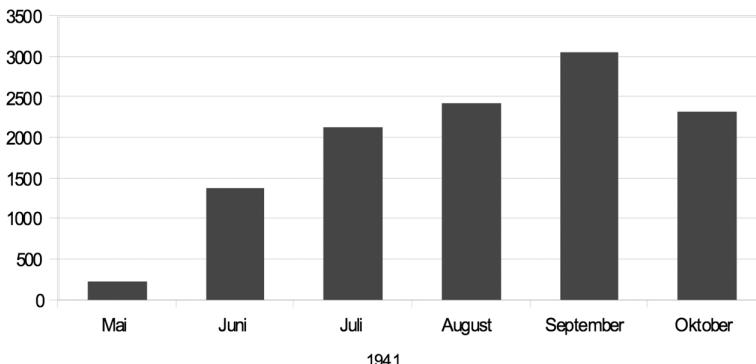
Tabelle 1: Umsätze der Jüdischen Produktionsgesellschaft GmbH



Mehr Volatilität zeigt sich bei den Zahlen der Jüdischen Produktionsgesellschaft mbH, der vorherigen Produktionsabteilung des Judenrats (Tabelle 1): Die von ihr organisierten Werkstätten waren „nunmehr von einem deutschen Unternehmer unmittelbar beschäftigt“.

Dabei teilte Bischof mit, dass „die Verminderung im September [...] durch gesteigerte Erschwernisse in der Betriebsführung verursacht war, die durch organisatorische Eingriffe überwunden werden mussten“. Der Auftragsbestand lag aber bei rund 2.300.000 Zl. [handschriftliche Korrektur von 2.000.000 Zl.]. Danach teilte das Referat auch die Beschäftigtenzahlen in diesem Sektor mit (Tabelle 2):

Tabelle 2: Stand der Beschäftigten der Jüdischen Produktionsgesellschaft



³⁷ Ebd., S. 9.

Wenn auch diese Zahlen die ersten Erfolge der neuen Politik demonstrierten, die Bischof eingeleitet hatte, so war doch klar, „dass die absoluten Ziffern gegenüber der Masse von 500.000 Menschen nicht ins Gewicht fallen“. Es war also auch aus Bischofs Perspektive noch eine weite Strecke zurückzulegen. Der Beschäftigtenstand von in deutschem Interesse arbeitenden Juden betrug laut der Nebenstelle des Arbeitsamts für den jüdischen Wohnbezirk 36.198 Personen. Die in „Kleinstbetrieben und Heimarbeit für die Ausfuhr tätigen Juden“ wurden auf 10-15.000 geschätzt (handschriftlich wurden noch 2-3.000 Juden im Kolonneneinsatz für die Wehrmacht hinzugefügt). Hier verwies das Referat auf die gut laufende Verwertung und Umarbeitung von Abfällen durch jüdische Handwerker.

Am Ende seines Berichts kam Bischof auf eine seiner Meinung nach besonders erfolgreiche Maßnahme zu sprechen: eine Ende August gestartete „eigene Bekanntmachungsaktion im Reichsgebiet“. Die Möglichkeit, Aufträge in den jüdischen Wohnbezirk zu verlagern, wurde in einem kurzen Artikel in der Tagespresse dargelegt,³⁸ als Sonderdruck ging er zusätzlich in je 50 Exemplaren an die 70 Handelskammern im Reich sowie die jeweiligen Fachgruppen der Industrie. Der Rücklauf war laut Bischof bereits „außerordentlich groß“, insbesondere aus den „Engpassgebieten Berlin und Mittelelbe“, aus denen der stellvertretende Leiter des Arbeitsamtes Berlin sowie die Geschäftsführer der Bezirksausgleichstellen Berlin und Magdeburg *zur näheren Aussprache* nach Warschau reisten.³⁹

Bischof schloss den Bericht mit einer sehr vorsichtigen Beurteilung der Zukunft: „Wenn überhaupt, wird es vielleicht auf diese Weise gelingen, die jüdischen Arbeitskräfte Warschaus in ausreichendem Maße den Erfordernissen des Reiches im Endkampf um die Zukunft dienstbar zu machen“.

Wie sah nun die Umsetzung dieser Politik über einen längeren Zeitraum aus? Bischofs Monatsberichte an den Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk können hier Auskunft geben, sind aufgrund einer gewissen Rivalität zu Auerswald aber zurückhaltend formuliert.⁴⁰ Bischof setzte bei verschiedenen deutschen Dienststellen kontinuierlich die von ihm vertretene Ghetto-

³⁸ Der Zeitungstext findet sich beispielsweise im Völkischen Beobachter (Wiener Ausgabe) vom 20.8.1942, S. 6.

³⁹ ÖGfZ, Mappe 9, S. 10 f. Dass die Werbung auf Reaktionen stieß, zeigt z. B. auch AŽIH, Ring I, 192 (alt I 1103, Abschrift): Die J. Lex GmbH aus Meschede/Westfalen fragte am 13.10.1941 wegen einer möglichen Auftragsverlagerung ins Generalgouvernement an. Den Hinweis auf die Möglichkeit habe sie über Außenhandelsstelle für Südwestfalen in Hagen erhalten.

⁴⁰ ÖGfZ, Nachlass Bischof, Mappe 12. Diese Exemplare enthalten handschriftliche Ergänzungen Bischofs. Die Berichte sind ebenfalls erhalten im APW, 482/12 (Kopie: YVA, O 51/136). Zu den Monatsberichten vgl. GRIENSTEIDL, Transferstelle, S. 110-125 und DERS., Mann, S. 244-263. Für weitere Berichte vgl. ÖGfZ, Nachlass Bischof, Mappe 4.

wirtschaftspolitik durch, während er im Wirtschaftsapparat des Reiches und des GG beständig für Betriebsansiedlungen warb. Diese Ansiedlungspolitik bezog sich auch auf polnische Unternehmen. Dabei konnte er immer wieder Lockerungen starrer Wirtschaftsbestimmungen und die Freigabe wichtiger Rohstoffe erreichen. Von den deutschen Firmen im Ghetto, die in der Deutschen Firmengemeinschaft Warschau GmbH zusammengefasst waren, tauchten vor allem die großen Ghettounternehmer wie Schultz und Többens in den Berichten auf; Bischofs Verhältnis zu ihnen gestaltete sich oft schwierig, öfter ist von Umsatznachmeldungen die Rede. Bei Többens führten diese im April 1942 sogar zum zeitweiligen Abbruch der Verpflegungszuschüsse der Transferstelle an die jüdischen Arbeiter in dessen Werkstätten. Dennoch machten die Umsätze der Deutschen Firmengemeinschaft etwa im Dezember 1941 nur etwa ein Drittel des Gesamtvolumens des von der Transferstelle verzeichneten Umsatzes aus; etwa den gleichen Umfang nahmen die Aufträge der Heeresunterkunftsverwaltung und der „sonstigen“ (nach Griensteidl: jüdischen) Firmen ein – im Mai 1942 erreichte die „sonstige Ausfuhr“ sogar 90 Prozent der Gesamtsumme.

Insgesamt konnte Bischof bei allen verbleibenden Problemen im Frühjahr und Sommer 1942 Erfolge der von ihm vertretenen Wirtschaftspolitik vermelden. So verkündete ein Aktenvermerk über eine Besprechung bei Gouverneur Ludwig Fischer am 12. März 1942,⁴¹ an der neben Bischof auch Auerswald und Rathje teilnahmen, dass der Zuschuss öffentlicher Mittel „100%ig“ eingestellt sei und sogar die Einhebung von staatlichen Steuern und kommunalen Abgaben wieder aufgenommen werden konnte. Im Mai konnte Bischof vermelden, dass immer mehr Rüstungsaufträge, auch von entfernten Rüstungsdienststellen, eingingen. All dies traf auf den Zuspruch Fischers, der Bischof aufforderte, die „flexible Taktik“ fortzuführen – zumindest bis zur „späteren endgültigen Regelung des Judenproblems“.

Übertrafen die Ausfuhrleistungen der Transferstelle (vgl. Tabelle 3, S. 106⁴²) schließlich sogar die Zielvorgaben des RKW-Gutachtens, so war eine andere Kennziffer für die Ghettoinsassen von größerer Bedeutung: die der Lebensmittelinkäufe über die Transferstelle. Hier kann man feststellen,⁴³ dass Bischof die Ausgaben – zumindest auf dem Papier – deutlich steigern konnte: Wurden unter Palfinger 1941 von Januar bis Mai noch

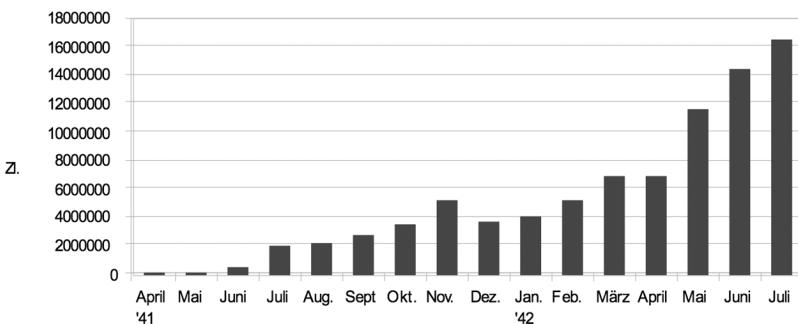
⁴¹ Ebd., Mappe 1.

⁴² Auf Grundlage der Zahlen aus den Monatsberichten, allerdings ohne die handschriftlichen Nachträge. In der hier dargelegten Form wurden die Zahlen auch von Bischof in seinem Abschlussbericht über die Transferstelle an den Chef des Distrikts vom 17. Juli 1943 angegeben, ÖGfZ, Nachlass Bischof, Mappe 14.

⁴³ GRIENSTEIDL, Transferstelle, S. 119-121; DERS., Mann S. 258-261.

1,49 Zl. pro Einwohner und Monat ausgegeben, verdreifachte sich diese Summe unter Bischof zwischen Juni und Dezember 1941 auf 4,54 Zl. Dies entsprach rund 0,15 Zl. pro Tag, was umgerechnet Lebensmittel in Höhe von 580 kcal bedeutete. Damit erreichten die Ausgaben fast den Stand, den das Gutachten des Reichskuratoriums gefordert hatte (0,16 Zl., zugrunde legend 620 kcal der „gewöhnlichen Ration“). Von Januar bis Juni 1942 betrug diese Zahl sogar 9 Zl. pro Person und Monat. Hier muss freilich die hohe Inflation eingerechnet werden, die „Verdreifachung“ der Ausgaben lief real nur auf ein Halten der an sich schon zu niedrigen Zuschüsse hinaus, die sich zunehmend auf die wirtschaftlich „wertvollen“ Arbeiter und deren Familien konzentrierten. Dies erklärt auch die unverändert hohe Todesrate im Ghetto von 4 bis 5 Prozent pro Monat.

Tabelle 3: Durch die Transferstelle erfassete Ausfuhrleistungen an Lohnarbeit und Fertigwaren



Nach der „Großaktion“ im Sommer 1942, der Deportation von Hunderttausenden von Ghettoinsassen ins Vernichtungslager Treblinka, war die Transferstelle hauptsächlich mit ihrer eigenen Abwicklung und der Kündigung ihrer Mitarbeiter beschäftigt. Sie leistete aber noch gewisse administrative Hilfsdienste für die SS, die nunmehr die alleinige Zuständigkeit für das Ghetto übernommen hatte. Darunter fiel die Organisation der Ernährungszulagen, die sich im August sogar verfünfachten.⁴⁴ Die Situation der jüdischen Arbeiter konnte ansonsten neben dem SS- und Polizeiapparat nur noch das Rüstungskommando der Wehrmacht mitbestimmen.

⁴⁴ GRIENSTEIDL, Transferstelle, S. 123, führt dies auf den Umstand zurück, dass die „Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft“ bei ihren Lieferungen nach wie vor von den alten Bevölkerungszahlen ausging.

Ergebnisse

Wie ist Bischofs Rolle in der Geschichte des Ghettos zu bewerten? Bischofs Biograph Griensteidl zeichnet insgesamt ein eher positives Bild. Es ist ihm zuzustimmen, dass Bischof sicherlich kein Rasseantisemit war. Er zeigte keinerlei Anpassung an den ihn umgebenden Usus, antisemitische Floskeln in seine Vorträge und Berichte einfließen zu lassen.⁴⁵ Als gläubiger Katholik und Aktivist des „Ständestaates“ sowie als Gatte einer konvertierten Jüdin war er mit seiner Familie selbst der NS-Judenpolitik ausgesetzt. Von Bischof ist ferner keine Beteiligung an direkter Gewalt nachgewiesen. Für arbeitende Juden und deren Angehörige und mittelbar für das ganze Ghetto linderte Bischofs „Ökonomisierung“ die katastrophale Not, wenn sie diese auch nicht beseitigte: Die Sterberaten im Ghetto blieben 1941/42 höher als in anderen Haftstätten des Deutschen Reiches, wie etwa den Konzentrationslagern.

Während Bischof jüdische Facharbeiter, Handwerker, Manager und Unternehmer⁴⁶ (allerdings nicht den jüdischen Zwischenhandel) förderte, und ihm auch jüdische Wirtschaftsfachleute⁴⁷ nachträglich ein gutes Zeugnis ausstellten, nahm er gegenüber dem Judenrat und seinem Vorsitzenden Czerniaków eine reservierte Haltung ein. Teilweise untergrub er dessen Autorität und suchte den Judenrat aus der Produktion herauszudrängen.⁴⁸ Daneben muss aber konstatiert werden, dass andere Mitarbeiter der Transferstelle (immerhin zeitweise fast 70 deutsche Beschäftigte) und das Betriebsklima dort durchaus typisch antisemitische Tendenzen aufwiesen.

⁴⁵ Anders Bischofs Vorgesetzter, Kommissar Auerswald: vgl. die Referate Auerswalds und Bischofs auf der Konferenz im Herbst 1941: ÖGfZ, Nachlass Bischof, Mappe 13 bzw. APW, 482/132 (Kopie: YVA, JM.11132). Ebenso Bischofs Monatsberichte für die Transferstelle vs. der periodischen Äußerungen Auerswalds in Czerniakows Tagebuch: ADAM CZERNIAKÓW, Adama Czerniakowa dziennik getta warszawskiego. 6 IX 1939 – 23 VII 1942, Warszawa 1983, dt. u. d. T. Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942, München 1986.

⁴⁶ Jüdische Unternehmer zählten ebenfalls zu den Gewinnern des Systems: AŽIH 301/5066 (Jakub Zilbersztajn), S. 4: *Fardint derbay hot men nikht shlekht*.

⁴⁷ AŽIH 302/240. Anonym, Materiały bundowskie. Der offensichtlich über die Wirtschaftsgeschichte des Warschauer Ghettos wohlinformierte Autor äußert sich positiv zu Bischoff [sic!], der kein Parteigenosse gewesen sei und stets seine apolitische Haltung und Ablehnung von Polizeimethoden betont habe (S. 7).

⁴⁸ MARCIN URYNOWICZ, Adam Czerniaków 1880–1942. Prezes getta warszawskiego, Warszawa 2009, S. 235, 237–239; vgl. auch Czerniakows Tagebuch, 8.10.1941: Bischof sagte zu Czerniaków, er sei wie alle Juden ungenau.

Juden kamen mit den Mitarbeitern der Transferstelle⁴⁹ an den Übergängen vom Ghetto in die Außenwelt in Berührung, so etwa am Umschlagplatz, an dem ab Sommer 1942 die Deportationszüge abfuhren, aber bereits vorher die offizielle Warenübergabe durchgeführt und der Regiekostenzuschlag, der die Transferstelle finanzierte, erhoben wurde.

Einen seltenen Einblick in das Gemeinschaftsleben der Transferstelle bietet ein im Nachlass Bischofs befindliches Album⁵⁰ mit Gedichten von Kameradschaftsabenden, das ihm von den Mitarbeitern überreicht wurde. Darin nehmen nur die beiden folgenden Texte überhaupt auf Juden Bezug. Im Gedicht vom 21. Februar 1942 über den Mitarbeiter Krisam, der für Passierscheine für Juden, die das Ghetto zeitweilig legal verlassen wollten, zuständig war, hieß es:

„Sobald ein Jude ghettosatt,
Oder zu tun hat in der Stadt
Auf sieben Tage oder zehn, –
Dann muss ich nach Kanossa gehn.
Ein schwerer Gang, vor dem mir graust,
Zum Zimmer, wo Herr Krisam haust,
Wo die Passierscheine erhältlich,
Teils mit Gebühr, teils unentgeltlich.
Wie Fafner auf des Rheines Gold
Lieg wachend er darauf gerollt.
Und er – zu jedermann sonst freundlich,
Wird ungemütlich, beinah feindlich.
„Schon wieder!?” grollt er, „und so lange?!“
Dem Inquisiten wird schon bange.
„Zu welchem Zweck?! – Kommt nicht in Frage!!“
Erfolg: Der Jude kriegt zwei Tage!!
Dann strahlt er über's Angesicht --
Viel länger grollt Herr Krisam nicht.
Hast Du persönlich etwas nötig,
Da ist mit Freuden er erbötig
Und schafft zur Stelle was Du brauchst:
So gerne Du Zigarren rauchst,
Sofort jongliert er seine Kisten,
Dich nikotinisch aufzurüsten. [...]“

⁴⁹ Laut Emanuel Ringelblum (*Notes from the Warsaw Ghetto. The Journal of Emanuel Ringelblum*, hg. v. JACOB SLOAN, New York 1958, S. 278, Eintrag vom 25.5.1942) kam es zum Einsatz von zivil gekleideten Kontrolleurinnen der Transferstelle zur Überwachung der korruptionsverdächtigen Gendarmen an den Ghettotoren. Dies erwies sich als zwecklos, da auch diese Kontrolleurinnen bestochen wurden. Nun mussten beim Schmuggeln vier Parteien bestochen werden: Der deutsche, der polnische und der jüdische Polizist sowie der Kontrolleur der Transferstelle.

⁵⁰ ÖGfZ, Nachlass Bischof, Mappe 16.

Hier wurde nicht nur die „Aufenthaltsbeschränkung“ auf das Ghetto in ihren Folgen – es galt zu dieser Zeit nicht nur die Todesstrafe für Juden außerhalb des „Wohnbezirks“, sondern auch ein Schießbefehl für die Bewacher der Ghettogrenzen – verharmlost, sondern auch auf das erfolgreiche „Organisieren“ von Waren Bezug genommen, wofür es im Umfeld des Ghettos viele Gelegenheiten gab. Makaberer noch ist der folgende Text vom Abschiedsabend (im Gedicht ironisch: die Trauerfeier!) der in Auflösung befindlichen Transferstelle am 28. Oktober 1942 – also nur wenige Wochen nach der „Großaktion“, in der Hunderttausende aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Transferstelle in den Tod geschickt wurden und man in Warschau monatelang die Schüsse der Räumkommandos im Ghetto hören konnte. Trauer – aber nur Trauer um die guten Bedingungen der hier bisher beschäftigten Deutschen und Österreicher:

„Werte Trauerversammlung! Liebe, tieftraurig Hinterbliebene der Transferstelle!
Ach, wie erquickend war doch und so labend,
Bei uns sonst jeder Kameradschaftsabend, [...] –
– Heut, meine Lieben, sieht das anders aus –
Von ‚Freuen‘ ist heut wirklich keine Red‘,
Wer wird denn lachen, wenn man auseinandergeht!
Heut ist doch ein Begräbnis – erster Klasse, –
Wir liquidier’n infolge Mangels Masse!!
,Masse? Wieso??‘ fragt Ihr mit Ungeduld –
,Die Juden sind an unserm Unglück schuld!‘ – –
Doch hier am Grabe will ich unterbrechen,
Hier ist kein Ort ‚politisch‘ gar zu sprechen,
Drum sag’ ich kurz, das andere führt zu weit:
Es war sehr schön, es hat mich sehr gefreut!
Im Leben ist es immer so gewesen,
Ihr könnt das alle bei Courths-Mahler lesen,
Man strebt und schafft, lernt nette Menschen kennen,
Begleitet sie ein Stück und muss sich trennen. [...]“

Die relative Stabilisierung der Verhältnisse, die Bischof als Fachmann verantwortete, war ab April / Mai 1941 im Interesse der Machthaber im Generalgouvernement. Zu diesem Zeitpunkt war die „Endlösung“ noch nicht abschließend in ihrer Form festgelegt – es geisterten noch Echos des Madagaskarplans durch die Verwaltung.

Die Ökonomisierung, wie Bischof sie handhabte, vermochte es, unkontrollierbare Auswirkungen auf die Großstadt Warschau zu vermeiden – Auswirkungen, die eine vollständige Aushungerung des Ghettos bei einer weiteren Umsetzung der Politik der Hungerstrategen bedeutet hätte. Dies war Bischofs substantieller Beitrag zur Politik der Besatzer. Doch obwohl die Mangelwirtschaft durch Arbeit der Juden abgemildert wurde und sich

die Verwaltung im GG an diese Arbeitsleistung gewöhnt hatte, wurden etwa 90 Prozent der Warschauer Juden im Sommer 1942 trotz der „Erfolge“ von Bischofs Ökonomisierung Opfer des ideologischen Primats in Gestalt der „Aktion Reinhardt“.